



# Niederschrift

über die Sitzung

des Stadtrates

am 03.02.2016

## Anwesend

### Vorsitz

Michael Ebling

### Verwaltung

Günter Beck  
Christopher Sitte  
Kurt Merkator  
Katrín Eder  
Marianne Grosse

### Stadtratsmitglieder

Baris Baglan  
Andreas Behringer  
Claus Berndroth  
Katharina Binz  
Marc-Antonin Bleicher  
Nurhayat Canpolat  
Xander Dorn  
Dr. Gerd Eckhardt  
Nora Egler  
Sabine Flegel  
Henning Franz  
Thomas Gerster  
Alexandra Gill-Gers  
Ursula Groden-Kranich, MdB  
Klaus Hafner  
Ansgar Helm-Becker  
Waltraud Hingst  
Ruth Jaensch  
Martin Kinzelbach  
Johannes Klomann, MdL  
Amin Kondakji  
Walter Koppius  
Martina Kracht  
Antje Kuessner  
Daniel Köbler, MdL  
Sylvia Köbler-Gross  
Thorsten Lange  
Myriam Lauzi  
Prof. Dr. Felix Leinen  
Dr. Eckart Lensch  
Sabine Littig  
Dr. Eleonore Lossen-Geißler  
Kurt Mehler

Dr. Christian Moerchel  
Dr. Claudius Moseler  
Anette Odenweller  
Dr. Christine Pohl  
Jasper Proske  
Wolfgang Reichel, MdL  
Dr. Markus Reinbold  
Uta Schmitt  
Ilona Schäfer  
Hannsgeorg Schönig  
Milan Sell  
Claudia Siebner  
Norbert Solbach  
Harald Strutz  
Heinz-Werner Stumpf  
Karin Trautwein  
Dr. Peter Tress  
Christian Viering  
Prof. Dr. Jürgen von Stuhr  
Ute Wellstein  
Sissi Westrich  
Cornelia Willius-Senzer  
Christine Zimmer

### **Schriftführung**

Detlef Blessing

### **Entschuldigt fehlen**

Dr. Barbara Both  
Dr. Brian Huck  
Thomas Neger  
Prof. Dr. Michael Pietsch (bis 15:45 Uhr anwesend)

# Tagessordnung

## a) öffentlich

### TEIL I

#### Anfragen

1. Änderung im Personenstandsgesetz - Handhabung durch die Stadtverwaltung (DIE LINKE)
2. Baumfällungen entlang Bahnlinie in der Gemarkung Marienborn (ÖDP)
3. Konzept Elektromobilität (SPD)
4. Entwicklung der Persönlichen Budgets im Rahmen der Eingliederungshilfe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
5. Illegale Autorennen in Innenstädten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
6. Umsetzung des Landesprogramms „Kita! Plus“ in Mainzer Kindertagesstätten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
7. Sachstand Katzenverordnung (SPD)
8. Straßentauben in Mainz (SPD)
9. Nutzung des Luftraums über Mainz – tiefe Rundflüge über das Mainzer Stadtgebiet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
10. Bürgerhäuser (ÖDP)
11. Schülerlotsen in Mainz (Mainzer Bürgerfraktion)
12. Satzung über die Nutzung von stadteigenen oder angemieteten Unterkünften für Asylbewerber und Flüchtlinge, die nicht vom Geltungsbereich des Landesaufnahmegesetzes erfasst werden (Mainzer Bürgerfraktion)
13. Datenverkauf Stadt Mainz (FW-G)
14. E-Mobilität in der Stadt Mainz (FW-G)
15. Schneeräumdienst vor Flüchtlingsunterkünften (FW-G)
16. Transparenz der TVM (FW-G)
17. Waffenbesitz und -nachfrage in Mainz (DIE LINKE)

18. Schaffung von neuem Wohnraum - Sachstand (SPD)
19. Kosten für Fahrscheinvertrieb und -kontrolle der MVG (DIE LINKE)
20. Kommunalen Entschuldungsfonds (SPD)
21. Umsetzung des Tanzverbots (DIE LINKE)
22. Kompetenzen der Ortsbeiräte (ÖDP)
23. Abstellen von Fahrrädern im Gebäude C auf der Zitadelle (CDU)
24. Integrierte Leitstelle der Feuerwehr (CDU)
25. Konkurrentenklagen (CDU)
26. Geschwindigkeitskontrollen der Stadt Mainz (CDU)
27. Milieuschutzsatzungen (DIE GRÜNEN)
28. Einsatz von Zeitarbeitskräften (CDU)
29. Besetzung frei werdender Stellen bei der Feuerwehr (CDU)
30. Schließung des Bürgerhauses Hechtsheim – Ersatzorte für Vereine (CDU)
31. Lärmgutachten Allianz-Haus (CDU)
32. Finanzierung der Schulsozialarbeit (ÖDP)
33. Digitalisierung (FDP)
34. Schulsicherheit (FDP)
  - 34.1. Bebauung nördlich der Hochschule Mainz durch hochschulnahes Gewerbe (B158) – Schutz der Frischluftschneise (ÖDP)
35. Fragestunde
  - 35.1. Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern in Mainz (Persönliche Anfrage von Herrn Heinz-Werner Stumpf)
  - 35.2. Fit für den Arbeitsmarkt (Persönliche Anfrage von Frau Cornelia Willius-Senzer)

### **Anträge**

36. Verzicht auf die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge in der Stadt Mainz (Mainzer Bürgerfraktion)
37. Nutzung eines Straßenbahnteilabschnittes für den Straßenverkehr (FW-G)
38. IEK für alle Vororte der Stadt Mainz (FW-G)
  - 38.1. Ergänzungsantrag zum Antrag: „IEK für alle Vororte der Stadt Mainz“ (ÖDP)

- 39. Sicherheit auf den Kita- und Schulwegen - Hol – und Bringzonen an Mainzer Schulen und Kitas (CDU)
  - 39.1. Sicherheit auf den Kita- und Schulwegen - Hol – und Bringzonen an Mainzer Schulen und Kitas (Änderungs- und Ergänzungsantrag SPD, DIE GRÜNEN, FDP)
  - 39.2. Änderungsantrag zu Antrag 0219/2016 (CDU) Sicherheit auf den Kita- und Schulwegen (ÖDP)
- 40. Öffnungszeiten der Ortsverwaltungen sicherstellen (CDU)
  - 40.1. Änderungsantrag "Öffnungszeiten der Ortsverwaltungen sicherstellen" (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
- 41. Frauenpartizipation (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)

## TEIL II

### **A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden**

- 42. Sachstandsberichte
- 43. Nachtrag zum Stellenplan 2015/2016
  - 43.1. Änderungsantrag zu TOP 43 - Vorlage 0018/2016 "Nachtrag zum Stellenplan 2015/2016" (CDU)
- 46. 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016
  - 46.1. Begleitantrag zu TOP 46 – Vorlage 0044/2016 „1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016“ (CDU)
- 58. Einwohnerfragestunde
- 59. Anregungen der Ortsbeiräte
- 44. Vollzug der Schiedsamsordnung,
- 45. Dokumentation des Bürgerforums "Meine Stadt. Meine Ideen." vom 14.11.2015
- 47. Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO
- 48. Wirtschaftliche Beteiligungen
- 49. Erweiterung der Grundschule Schillerschule in Mainz-Weisenau
- 50. Antrag auf Einrichtung eines Förder- und Beratungszentrums an der Windmühlenschule
- 51. Einrichtung einer Ganztagschule
- 52. Bauleitplanverfahren "F 90" (Planstufe I)
- 53. Bebauungsplanentwurf "Alte Mainzer Straße (He 131)"

54. FNP-Änderung Nr. 43 (Beschluss) und Bebauungsplan "E 69" (Satzungsbeschluss)
55. Bauleitplanverfahren "B 166" (Aufstellungsbeschluss)
56. Straßenbenennung in Mainz-Hechtsheim

#### **B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden**

57. Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien

#### **b) nicht öffentlich**

60. Personalangelegenheiten
61. Aufnahme eines Investitionsdarlehens
62. Wirtschaftliche Beteiligungen
63. Grundstücksangelegenheiten

Der Vorsitzende eröffnet um 15.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird das neue Ratsmitglied, Frau Ilona Schäfer, als Nachfolgerin von Frau Rahel-Katharina Jahn, die ihr Mandat niedergelegt hat, verpflichtet und in ihr Amt eingeführt.

Zur Tagesordnung gibt es nachfolgende Änderungen:

Die fristgerecht eingegangene Anfrage Nr. 0250/2016 wird unter dem neuen Tagesordnungspunkt 34.1 behandelt.

Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge liegen zu den Tagesordnungspunkten 38, 39, 40, 43 (=Nachtragsstellenplan) und 46 (= Nachtragshaushaltssatzung) vor.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden werden die Tagesordnungspunkte 43, 43.1 und 46, 46.1 gemeinsam zur Beratung und Beschlussfassung aufgerufen.

Die Zuständigkeit bei Tagesordnungspunkt 6 liegt bei Herrn Beigeordneten Merkator, Tagesordnungspunkt 35.1 liegt in der Zuständigkeit des Herrn Oberbürgermeisters.

Der Ältestenrat hat sich auf die Redezeiten entsprechend der Geschäftsordnung geeinigt.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

## öffentlich

### TEIL I

#### Anfragen

Punkt 1            Änderung im Personenstandsgesetz - Handhabung durch die Stadtverwaltung (DIE LINKE)  
Vorlage: 1985/2015

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling zur Kenntnis.

Punkt 2            Baumfällungen entlang Bahnlinie in der Gemarkung Marienborn (ÖDP)  
Vorlage: 0147/2016

Zu der Antwort zur Frage 5 bittet Herr Dr. Moseler um Mitteilung, ob die Lagerung des Grünschnittes auf dem Gelände zulässig sei. Im Übrigen bittet er um Beantwortung der Frage 6.

Hierzu erklärt Frau Beigeordnete Eder, dass die Lagerung auf eigenem Gelände zulässig sei und die Antwort zu Frage 6 nachgereicht werde.

Punkt 3            Konzept Elektromobilität (SPD)  
Vorlage: 0152/2016

Von der Antwort von Frau Beigeordneter Eder nimmt der Stadtrat ohne Zusatzfragen Kenntnis.

Punkt 4            Entwicklung der Persönlichen Budgets im Rahmen der Eingliederungshilfe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Vorlage: 0167/2016

Die Anfrage wurde von Herrn Beigeordneten Merkator beantwortet. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 5            Illegale Autorennen in Innenstädten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Vorlage: 0168/2016

Zu der von Frau Beigeordneter Eder vorgelegten Antwort gibt es keine Zusatzfragen.



**Punkt 6**            **Umsetzung des Landesprogramms „Kita! Plus“ in Mainzer Kindertagesstätten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
**Vorlage: 0170/2016**

Die Anfrage wurde von Herrn Beigeordneten Merkator beantwortet. Zusatzfragen gibt es keine.

**Punkt 7**            **Sachstand Katzenverordnung (SPD)**  
**Vorlage: 0184/2016**

Zu der vorliegenden Antwort fragt Frau Dr. Pohl nach, ob eine solche Verordnung nur für einen bestimmten Bereich oder für das gesamte Stadtgebiet möglich sei. Zum Zweiten bittet sie um Auskunft, ob es eine Definition des „Leids“ gäbe.

Eine solche Verordnung – so Herr Beigeordneter Sitte – mache nur in Bereichen Sinn, in denen Häufungen auftreten. Eine konkrete Definition gäbe es nicht, die Erkrankung müsse jedoch nachgewiesen werden.

**Punkt 8**            **Straßentauben in Mainz (SPD)**  
**Vorlage: 0185/2016**

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Herrn Beigeordneten Sitte zur Kenntnis.

**Punkt 9**            **Nutzung des Luftraums über Mainz – tiefe Rundflüge über das Mainzer Stadtgebiet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
**Vorlage: 0193/2016**

Zu der vorliegenden Antwort bemängelt Herr Sell, dass die Fragen 4, 5 und 6 nicht beantwortet seien und bittet, dies nachzuholen. Seitens der Verwaltung wird zugesagt, die Antworten schriftlich nachzureichen.

**Punkt 10**          **Bürgerhäuser (ÖDP)**  
**Vorlage: 0201/2016**

Zu der vorgelegten Antwort stellt Herr Prof. Leinen zwei Zusatzfragen:

1. Wie ist die Diskrepanz der Aussagen der beiden Ämter GWM 2014 und Liegenschaftsamt 2015 bezüglich der Information zu erklären?

2. Fließt der Inhalt des gemeinsamen Antrags im Ortsbeirat in die weiteren Planungen ein oder wird der Ortsbeirat im März über ein fertiges Konzept informiert?

Hierzu erklärt Herr Beigeordneter Sitte, dass Ende Februar/Anfang März ein Konzept vorgestellt werde, an dem dann alle Betroffenen – auch der Ortsbeirat – beteiligt werden sollen. Die Diskrepanz könne seitens der Verwaltung nicht erklärt werden. Er verweist hierzu auf die bereits gegebenen Antworten.

**Punkt 11**            **Schülerlotsen in Mainz (Mainzer Bürgerfraktion)**  
**Vorlage: 0207/2016**

Die Anfrage wurde von Herrn Beigeordneten Merkator beantwortet. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

**Punkt 12**            **Satzung über die Nutzung von stadteigenen oder angemieteten Unterkünften für Asylbewerber und Flüchtlinge, die nicht vom Geltungsbereich des Landesaufnahmegesetzes erfasst werden (Mainzer Bürgerfraktion)**  
**Vorlage: 0208/2016**

Zu der von Herrn Beigeordneten Merkator vorgelegten Antwort stellt Herr Stumpf zwei Zusatzfragen:

1. Warum ist der Erlass einer Satzung nicht erforderlich?
2. Welche Einkommen haben Asylbewerber und Flüchtlinge?

Die Zusatzfragen beantwortet Herr Beigeordneter Merkator wie folgt:

1. Eine Satzung macht nur Sinn bei sehr vielen Erstaufnahmen, die die Stadt Mainz nicht hat.
2. Der genannte Personenkreis hat Anspruch auf bestimmte gesetzlich verbriefte Leistungen, die auch entsprechend ausgezahlt werden.

**Punkt 13**            **Datenverkauf Stadt Mainz (FW-G)**  
**Vorlage: 0213/2016**

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling zur Kenntnis.

**Punkt 14**            **E-Mobilität in der Stadt Mainz (FW-G)**  
**Vorlage: 0214/2016**

Zu der von Frau Beigeordneter Eder vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

**Punkt 15**            **Schneeräumdienst vor Flüchtlingsunterkünften (FW-G)**  
**Vorlage: 0215/2016**

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Herrn Beigeordneten Merkator zur Kenntnis.

**Punkt 16**            **Transparenz der TVM (FW-G)**  
**Vorlage: 0216/2016**

Zu der vorgelegten Antwort bemängelt Herr Mehler, dass nach seiner Auffassung keine vollumfängliche Information an ihn in seiner Eigenschaft als Ratsmitglied erfolgt sei. Er sei auch nicht in der Lage, andere Bewerber zu informieren, da diese gar nicht bekannt seien.

Frau Beigeordnete Eder weist darauf hin, dass die Mitglieder des Aufsichtsrates vollumfänglich informiert worden seien. Die Frage der übrigen Bewerber werde als Suggestivfrage aufgefasst und nicht beantwortet.

**Punkt 17**            **Waffenbesitz und -nachfrage in Mainz (DIE LINKE)**  
**Vorlage: 0222/2016**

Der Stadtrat nimmt von der vorgelegten Antwort von Herrn Beigeordneten Sitte Kenntnis.

**Punkt 18**            **Schaffung von neuem Wohnraum - Sachstand (SPD)**  
**Vorlage: 0224/2016**

Die Antwort von Herrn Beigeordneten Merkator liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

**Punkt 19**            **Kosten für Fahrscheinvertrieb und -kontrolle der MVG (DIE LINKE)**  
**Vorlage: 0225/2016**

Zu Frage 9 fragt Herr Proske nach, ob die Informationen nichtöffentlich zur Verfügung gestellt werden können. Seitens der Verwaltung wird dies bejaht, jedoch auch auf die Verschwiegenheitspflicht über diese Angaben hingewiesen.

**Punkt 20**            **Kommunaler Entschuldungsfonds (SPD)**  
**Vorlage: 0226/2016**

Zu der von Herrn Bürgermeister Beck vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

**Punkt 21**            **Umsetzung des Tanzverbots (DIE LINKE)**  
**Vorlage: 0227/2016**

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Herrn Beigeordneten Sitte zur Kenntnis.

**Punkt 22**            **Kompetenzen der Ortsbeiräte (ÖDP)**  
**Vorlage: 0230/2016**

Zu der vorliegenden Antwort fragt Herr Dr. Moseler nach, ob es möglich sei, dass die Ortsbeiräte immer vor der Beschlussfassung durch den Stadtrat gehört werden. Zum anderen bittet er um Auskunft, ob die Verwaltung bereit sei, zu den einzelnen Übertragungsvorschlägen Stellung zu nehmen. Im Übrigen sei es verwunderlich, dass E-Mails der Landesregierung nicht bei der Verwaltung angekommen sind.

Zu den Nachfragen erklärt Herr Oberbürgermeister Ebling zunächst, dass es bei der Unmenge an elektronischer Post schon einmal vorkommen könne, dass durch verschiedene Umstände einzelne Dokumente verloren gehen. Grundsätzlich werden die Ortsbeiräte vor der Beschlussfassung des Rates beteiligt, es könne jedoch im Einzelfall zu Terminengpässen kommen. Was die Übertragung von Kompetenzen betreffe, liege es nicht in der Zuständigkeit der Verwaltung, sondern des Rates, dies durch die Hauptsatzung zu regeln.

**Punkt 23**            **Abstellen von Fahrrädern im Gebäude C auf der Zitadelle (CDU)**  
**Vorlage: 0231/2016**

Auf Nachfrage von Herrn Schönig, was die Verwaltung unternehme, falls der Appell nicht fruchte, erklärt Frau Beigeordnete Grosse, dass man davon ausgehe, dass er fruchte, zumal weitere zusätzliche Fahrradständer im Bereich der Zitadelle aufgestellt werden würden.

**Punkt 24**            **Integrierte Leitstelle der Feuerwehr (CDU)**  
**Vorlage: 0232/2016**

Herr Solbach fragt nach, ob es alternative Einrichtungen oder Standorte hierfür gäbe. Dies wird seitens der Verwaltung verneint.

**Punkt 25**            **Konkurrentenklagen (CDU)**  
**Vorlage: 0233/2016**

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort des Herrn Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

**Punkt 26**            **Geschwindigkeitskontrollen der Stadt Mainz (CDU)**  
**Vorlage: 0234/2016**

Der Stadtrat nimmt den Zwischenbericht von Frau Beigeordneter Eder zur Kenntnis.

**Punkt 27**            **Milieuschutzsatzungen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
**Vorlage: 0236/2016**

Zu der vorliegenden Antwort fragt Herr Köbler nach, ob es zurzeit auch Ansätze für den Bereich der Mainzer Altstadt gäbe. Herr Oberbürgermeister Ebling verweist hierzu auf die gegebene Antwort, wonach das genannte Instrument eines von mehreren Alternativen sei, die derzeit geprüft werden. Primär sei wohl der Bereich der südlichen Neustadt der am ehesten mögliche Bereich.

**Punkt 28**            **Einsatz von Zeitarbeitskräften (CDU)**  
**Vorlage: 0237/2016**

Auf Nachfrage von Frau Siebner, ob vorgesehen sei, der Zeitarbeitskraft im Hauptamt einen festen Vertrag zu geben, erklärt der Vorsitzende, dass dies in öffentlicher Sitzung nicht beantwortet werden könne. Eine weitere Zusatzfrage, ob gegebenenfalls Zeitarbeitskräfte beim Bürgeramt oder in den Ortsverwaltungen eingesetzt werden können, beantwortet er dahingehend, dass bei Daueraufgaben seitens der Verwaltung Stellenerhöhungen beantragt werden würden. Der Einsatz von Zeitarbeitskräften sei grundsätzlich darauf beschränkt, Arbeitsspitzen zu reduzieren.

**Punkt 29**            **Besetzung frei werdender Stellen bei der Feuerwehr (CDU)**  
**Vorlage: 0238/2016**

Der Stadtrat nimmt die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

**Punkt 30**            **Schließung des Bürgerhauses Hechtsheim – Ersatzorte für Vereine (CDU)**  
**Vorlage: 0239/2016**

Frau Groden-Kranich fragt nach, ob es Sonderregelungen für Vereine gäbe, die durch die Auslagerung höhere Mieten zahlen müssten. Herr Beigeordneter Sitte antwortet hierzu, dass – wie in der schriftlichen Antwort ausgeführt –, keine zusätzlichen Kosten entstehen würden bzw. der Differenzbetrag erstattet würde.

Eine weitere Nachfrage, welche Mittel vorhanden seien, die aus der nicht mehr notwendigen Unterhaltung des Bürgerhauses entstehen, teilt Herr Beigeordneter Sitte mit, dass dies schriftlich beantwortet werde.

**Punkt 31**            **Lärmgutachten Allianz-Haus (CDU)**  
**Vorlage: 0240/2016**

Zu der vorgelegten Antwort stellt Herr Schönig zwei Zusatzfragen:

1. Was ist unter „überarbeiten“ zu verstehen? Ist das Gutachten fehlerhaft?
2. Liegt das angekündigte zweite Gutachten vor und falls ja, wie sind die Ergebnisse?

Frau Beigeordnete Grosse erklärt, dass Teilaspekte noch nachzuliefern sind und dass das zweite Gutachten noch nicht vorliege.

**Punkt 32**            **Finanzierung der Schulsozialarbeit (ÖDP)**  
**Vorlage: 0241/2016**

Von der Antwort von Herrn Beigeordneten Merkator nimmt der Stadtrat ohne Zusatzfragen Kenntnis.

**Punkt 33**            **Digitalisierung (FDP)**  
**Vorlage: 0242/2016**

Der Stadtrat nimmt die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling zur Kenntnis. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

**Punkt 34**            **Schulsicherheit (FDP)**  
**Vorlage: 0243/2016**

Die Anfrage wurde von Frau Beigeordneter Eder beantwortet. Zusatzfragen gibt es keine.

**Punkt 34.1**        **Bebauung nördlich der Hochschule Mainz durch hochschulnahes Gewerbe (B158) – Schutz der Frischluftschneise (ÖDP)**  
**Vorlage: 0250/2016**

Zu der von Frau Beigeordneter Grosse vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

**Punkt 35**            **Fragestunde**

**Punkt 35.1**        **Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern in Mainz (Persönliche Anfrage von Herrn Heinz-Werner Stumpf)**  
**Vorlage: 0210/2016**

Ergänzend zu Frage 9 teilt Herr Oberbürgermeister Ebling mit, dass eine Ablehnung zur Folge habe, dass kein Recht zur Teilnahme an einer Integration entstehe.

Der Rat nimmt dies zur Kenntnis.

**Punkt 35.2**      **Fit für den Arbeitsmarkt**  
**(Persönliche Anfrage von Frau Cornelia Willius-Senzer)**  
**Vorlage: 0244/2016**

Ohne Zusatzfragen nimmt die Antragstellerin die Antwort von Herrn Beigeordneten Merkator zur Kenntnis.

**Anträge**

**Punkt 36**      **Verzicht auf die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für**  
**Flüchtlinge in der Stadt Mainz (Mainzer Bürgerfraktion)**  
**Vorlage: 0209/2016**

Nach der Begründung des Antrages durch Herrn Stumpf nehmen Frau Siebner für die CDU, Frau Gill-Gers für die SPD, Herr Viering für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Hingst für DIE LINKE, Herr Koppius für die FDP sowie Herr Mehler für die FW-G Stellung. Unisono wird dabei mitgeteilt, dass dem Antrag nicht zugestimmt werden könne.

Der Stadtrat lehnt sodann den Antrag gegen die Stimmen der Mainzer Bürgerfraktion mit großer Mehrheit ab.

Nach der Abstimmung gibt Herr Stumpf eine persönliche Erklärung ab.

**Punkt 37**      **Nutzung eines Straßenbahnteilabschnittes für den Straßenverkehr (FW-G)**  
**Vorlage: 0217/2016**

Herr Berndroth begründet den Antrag für die Fraktion FW-G. Sodann nehmen Herr Gerster (CDU), Herr Bleicher (SPD), Herr Sell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Herr Koppius (FDP) und Herr Dr. Moseler (ÖDP) Stellung und signalisieren übereinstimmend, dass der Antrag keine Zustimmung erhalte. Nach kurzer Stellungnahme von Frau Beigeordneter Eder für die Verwaltung ruft der Vorsitzende den Antrag zur Abstimmung auf.

Der Stadtrat lehnt den Antrag bei zwei Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen mit großer Mehrheit ab.

**Punkt 38**      **IEK für alle Vororte der Stadt Mainz (FW-G)**  
**Vorlage: 0218/2016**

**Punkt 38.1**      **Ergänzungsantrag zum Antrag: „IEK für alle Vororte der Stadt Mainz“ (ÖDP)**  
**Vorlage: 0218/2016/1**

Nach der Begründung des FW-G-Antrages durch Herrn Berndroth teilt Herr Dr. Moseler mit, dass die ÖDP-Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Gleichzeitig bittet er um Zustimmung zum Ergänzungsantrag. Herr Dr. Eckhardt (CDU), Herr Franz (SPD), Herr Lange (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Herr Proske (DIE LINKE) und Herr Koppius (FDP) sind jedoch der Auffassung, dass es



sich hier um ein viel zu komplexes Thema handele, das für die Durchführung in den Stadtteilen als nicht geeignet erscheine. Dem Antrag könne deshalb nicht gefolgt werden.

Der Antrag der Fraktion FW-G wird gegen vier Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Vorsitzende stellt fest, dass damit die Abstimmung über den ÖDP-Ergänzungsantrag obsolet ist.

**Punkt 39**                    **Sicherheit auf den Kita- und Schulwegen - Hol – und Bringzonen an Mainzer Schulen und Kitas (CDU)**  
**Vorlage: 0219/2016**

**Punkt 39.1**                    **Sicherheit auf den Kita- und Schulwegen - Hol – und Bringzonen an Mainzer Schulen und Kitas (Änderungs- und Ergänzungsantrag SPD, DIE GRÜNEN, FDP)**  
**Vorlage: 0219/2016/1**

**Punkt 39.2**                    **Änderungsantrag zu Antrag 0219/2016 (CDU) Sicherheit auf den Kita- und Schulwegen (ÖDP)**  
**Vorlage: 0219/2016/2**

Der CDU-Antrag wird von Herrn Gerster, der Änderungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP von Frau Dr. Pohl, Herrn Köbler und Herrn Koppius, der Änderungsantrag der ÖDP von Herrn Prof. Leinen begründet. Für die Fraktion FW-G nimmt Herr Mehler Stellung. Für die Verwaltung gibt Frau Beigeordnete Eder eine Erklärung ab.

Sodann beschließt der Stadtrat wie folgt:

1. Die laufende Nr. 1 des Änderungsantrages der ÖDP wird mit großer Mehrheit abgelehnt.
2. Die laufende Nr. 1 des Änderungsantrages von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP wird mehrheitlich beschlossen.
3. Die laufende Nr. 2 des Änderungsantrages von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP wird mehrheitlich beschlossen.
4. Die laufende Nr. 3 des CDU-Antrages wird mit 5 : 51 : 1 abgelehnt.
5. Die laufende Nr. 4 des CDU-Antrages wird einstimmig beschlossen.
6. Die Ergänzungen Nr. 5 bis 10 des Änderungsantrages von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP werden ebenfalls einstimmig beschlossen.

**Punkt 40**            **Öffnungszeiten der Ortsverwaltungen sicherstellen (CDU)**  
**Vorlage: 0220/2016**

**Punkt 40.1**        **Änderungsantrag "Öffnungszeiten der Ortsverwaltungen sicherstellen"**  
**(SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)**  
**Vorlage: 0220/2016/1**

Für die CDU-Fraktion begründet Herr Solbach den Antrag. Der Änderungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP wird von den Herren Kinzelbach (SPD), Helm-Becker (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Koppius begründet. Für die Fraktion DIE LINKE nimmt Frau Schäfer Stellung, für die ÖDP-Fraktion Herr Dr. Moseler. An der weiteren Aussprache nehmen Herr Schöning, Herr Solbach, Herr Kinzelbach, Herr Helm-Becker, Herr Mehler, Frau Dr. Lossen-Geißler und der Vorsitzende teil.

Am Ende der Aussprache wird der Änderungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP mehrheitlich – bei zwei Enthaltungen – verabschiedet.

Im Anschluss an die Abstimmung gibt Herr Schöning eine persönliche Erklärung ab.

**Punkt 41**            **Frauenpartizipation (SPD, DIE GRÜNEN, FDP)**  
**Vorlage: 0223/2016**

Der gemeinsame Antrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wird von Frau Egler (SPD), Frau Littig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Frau Willius-Senzer (FDP) begründet. Nach Stellungnahmen von Frau Trautwein (CDU) und Frau Hingst (DIE LINKE) ruft der Vorsitzende den Antrag zur Abstimmung auf.

Mit großer Mehrheit (eine Gegenstimme, vier Enthaltungen) wird der Antrag beschlossen.

## **TEIL II**

### **A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden**

**Punkt 42**            **Sachstandsberichte**

**Punkt 42.1**        **Sachstandsbericht zu Antrag 0030/2005 CDU-Stadtratsfraktion**  
**hier: Würdigung von Mainzer Bürgerinnen und Bürgern, die in Konzentrationslagern ums Leben kamen**  
**Vorlage: 0013/2016**

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Erledigung des Antrages Nr. 0030/2005 der CDU-Stadtratsfraktion.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.01.2016.

**Punkt 42.2**      **Sachstandsbericht zum Antrag 0109/2015 FDP, Ortsbeirat Mainz-Altstadt hier: Umbenennung des Tritonplatzes in Geschwister-Heinefetter-Platz Vorlage: 1398/2015**

Die Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, die Fläche an der Alten Universitätsstraße, die nordöstlich direkt an den Moller-Bau anschließt, im Norden und Osten begrenzt durch Bäume und im Süden durch das Gebäude Schöfferstraße 17, in

**Geschwister-Heinefetter-Platz**

zu benennen.

Der Antrag des Ortsbeirates Mainz-Altstadt ist hiermit erledigt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 04.11.2015.

**Punkt 43**      **Nachtrag zum Stellenplan 2015/2016**  
**Vorlage: 0018/2016**

**Punkt 43.1**      **Änderungsantrag zu TOP 43 - Vorlage 0018/2016 "Nachtrag zum Stellenplan 2015/2016" (CDU)**  
**Vorlage: 0262/2016**

**Punkt 46**      **1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016**  
**Vorlage: 0044/2016**

**Punkt 46.1**      **Begleitantrag zu TOP 46 – Vorlage 0044/2016 „1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016“ (CDU)**  
**Vorlage: 0263/2016**

Nach Aufruf der Tagesordnungspunkte 43, 43.1, 46 und 46.1 nehmen Herr Dr. Eckhardt für die CDU, Herr Behringer für die SPD, Frau Köbler-Gross für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Proske für DIE LINKE, Herr Koppius für die FDP sowie Herr Mehler für die FW-G Stellung. Dabei wird deutlich, dass die beiden Anträge, die von der CDU-Fraktion eingereicht wurden, im Gegensatz zu den Verwaltungsvorlagen, keine Mehrheiten finden.

Nach einer kurzen Stellungnahme des Oberbürgermeisters wird über die einzelnen Punkte wie folgt entschieden:

1. Mit Mehrheit lehnt der Stadtrat den CDU-Änderungsantrag Nr. 0262/2016 ab.
2. Die Verwaltungsvorlage Nr. 0018/2016 wird mit nachfolgendem Beschlusstext einstimmig – bei Enthaltungen der Mitglieder der CDU-Fraktion – beschlossen:

Der derzeit gültige Stellenplan wird durch einen Nachtrag für das Jahr 2016 fortgeschrieben (Anlage 1) und durch die aus der Anlage 2 und 3 ersichtlichen Stellenneuschaffungen, -erweiterungen bzw. -veränderungen angepasst.

3. Die Vorlage der Verwaltung Nr. 0044/2016 zur 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 wird mit nachfolgendem Beschlusstext mit Mehrheit (Gegenstimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion) beschlossen:

Der Stadtrat beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016. Die Verwaltung wird gleichzeitig ermächtigt, die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2016 der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorzulegen.

4. Der Begleitantrag der CDU Nr. 0263/2016 wird mit Mehrheit abgelehnt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung sind die Vorlagen Nr. 0018/2016 und 0044/2016 der Verwaltung sowie die beiden Anträge der CDU-Fraktion, Nr. 0262/2016 und 0263/2016.

### **Punkt 58**      **Einwohnerfragestunde**

Fragen zu den Themen „Gesundheitskarte für Flüchtlinge“ und „Steinbruch Mainz-Weisenau“ werden von der Verwaltung beantwortet.

### **Punkt 59**      **Anregungen der Ortsbeiräte**

#### **Punkt 59.1**      **Milieuschutzsatzung für die Mainzer Neustadt**

Nach der Begründung des Antrages des Ortsbeirates Mainz-Neustadt durch Herrn Klomann wird dieser ohne Aussprache an die Stadtratsfraktionen überwiesen.

### **Punkt 44**      **Vollzug der Schiedsgerichtsordnung, Besetzung des Schiedsgerichtsbezirks 2 der Landeshauptstadt Mainz Vorlage: 0054/2016**

Nach Aufruf dieses Tagesordnungspunktes beschließt der Stadtrat, auf geheime Abstimmung zu verzichten und offen abzustimmen.

Von den Fraktionen des Mainzer Stadtrates wurden folgende Personen für das Ehrenamt vorgeschlagen:

Herr Heinz-Werner Stumpf,  
Herr Hartmut Willibald Rencker und  
Herr Heinz-Georg Winschermann.

Auf die einzelnen Bewerber entfallen:

Herr Heinz-Werner Stumpf                      -                      1 Stimme

Herr Hartmut Willibald Rencker - 2 Stimmen  
Herr Heinz-Georg Winschermann - 53 Stimmen.

Damit ist Herr Winschermann für die Besetzung des Schiedsgerichtsbezirks 2 der Landeshauptstadt Mainz gewählt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 11.01.2016.

Das Stimmrecht des Vorsitzenden ruhte gemäß § 36 Abs. 3 GemO.

**Punkt 45**            **Dokumentation des Bürgerforums "Meine Stadt. Meine Ideen." vom 14.11.2015**  
**Vorlage: 2036/2015**

Der Stadtrat nimmt die Dokumentation zum 2. Bürgerforum 2015 "Meine Stadt. Meine Ideen." vom 14.11.2015 zur Kenntnis.

Gegenstand der Beratung ist die Verwaltungsvorlage vom 04.12.2015.

**Punkt 47**            **Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO**  
**hier: Einwerbung, Entgegennahme und Vermittlung von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen**  
**Vorlage: 0042/2016**

Die vorgelegten Listen für die Jahre 2015 und 2016 werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Annahme der folgenden Zuwendungen 0152/2015 und 003/2016 aus 2015 und 2016 wird einstimmig zugestimmt, da die Wertgrenze von 3.000 Euro überschritten wurde.

Erst nach der Unbedenklichkeitserklärung durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion kann die Kenntnisnahme und Zustimmung der Zuwendungen/Sponsoringleistungen in Kraft treten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 19.01.2016.

**Punkt 48**            **Wirtschaftliche Beteiligungen**

**Punkt 48.1**         **Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft Mainz**  
**Vorlage: 2081/2015**

Der Stadtrat beschließt einstimmig den als Anlage zur Verwaltungsvorlage beigefügten Wirtschaftsplan 2016 der Gebäudewirtschaft Mainz.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 15.01.2016.

**Punkt 48.2**      **Wirtschaftliche Beteiligungen: TechnologieZentrum Mainz GmbH**  
**hier: Jahresabschluss zum 31.12.2014**  
**Vorlage: 0046/2016**

Der Stadtrat beschließt einstimmig – bei drei Enthaltungen –:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der TechnologieZentrum Mainz GmbH für das Geschäftsjahr 2014 mit einer Bilanzsumme i. H. v. 4.179.493,18 € und einem Jahresfehlbetrag i. H. v. 144.081,30 €,
2. den Ergebnisverwendungsvorschlag, die Kapitalrücklage i. H. v. 773.043,31 € mit dem bestehenden Verlustvortrag i. H. v. 328.469,80 € und dem Jahresfehlbetrag 2014 i. H. v. 144.081,30 € zu verrechnen,
3. die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2014,
4. die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2014,
5. den Prüfbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rhein-Nahe Treuhand GmbH über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2014.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 19.01.2016.

Die Ratsmitglieder Katharina Binz und Dr. Peter Tress nahmen an der Beratung und Beschlussfassung gem. § 22 GemO nicht teil.

**Punkt 48.3**      **Wirtschaftliche Beteiligungen; Bericht**  
**hier: Beteiligungsbericht 2015 der Stadt Mainz**  
**Vorlage: 2129/2015**

Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2015 der Stadt Mainz zur Kenntnis.

Gegenstand der Beratung ist die Verwaltungsvorlage vom 19.01.2016.

**Punkt 49**      **Erweiterung der Grundschule Schillerschule in Mainz-Weisenau**  
**Vorlage: 2116/2015**

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenhaltungen, dass die notwendige Erweiterung der Grundschule Schillerschule in Mainz-Weisenau durch die Errichtung einer Dependence an der Friedrich-Ebert-Schule vorgenommen wird.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.12.2015.

**Punkt 50**            **Antrag auf Einrichtung eines Förder- und Beratungszentrums an der Windmühlenschule**  
**Vorlage: 2124/2015**

In einer Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt bittet Herr Solbach, im Rahmen der Verhandlungen mit dem Land auf ein besseres Ergebnis hinzuwirken.

Die Verwaltung wird sodann einstimmig ermächtigt, den Antrag zur Einrichtung eines Förder- und Beratungszentrums an der Windmühlenschule gegenüber dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur einzureichen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.12.2015.

**Punkt 51**            **Einrichtung einer Ganztagschule**  
**hier: Antrag der Grundschule Feldbergschule auf Einrichtung einer Ganztagschule**  
**Vorlage: 2095/2015**

Der Stadtrat stimmt einstimmig zu, die Grundschule Feldbergschule in der Antragstellung, ab dem Schuljahr 2017/2018 Ganztagschule in Angebotsform werden zu wollen, gegenüber dem Land Rheinland-Pfalz zu unterstützen.

Die für die Herstellung und Unterhaltung der Ganztagschule der Grundschule Feldbergschule erforderlichen Kosten werden im Haushalt der Stadt Mainz ab dem Haushaltsjahr 2017 ff. veranschlagt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 21.12.2015.

**Punkt 52**            **Bauleitplanverfahren "F 90" (Planstufe I)**  
**Bebauungsplanentwurf "Elmerberg (F 90)"**  
**hier: - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB**  
**- Vorlage in Planstufe I**  
**- Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB**  
**Vorlage: 1007/2015**

Der Stadtrat beschließt einstimmig – bei zwei Enthaltungen – zu dem o.g. Bauleitplanentwurf:

1. den Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB,
2. die Vorlage in Planstufe I,
3. die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Standardverfahren.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 19.01.2015.

- Punkt 53**            **Bebauungsplanentwurf "Alte Mainzer Straße (He 131)"**  
**hier:**    - **Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB**  
              - **Vorlage in Planstufe I**  
              - **Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB**  
**Vorlage: 0012/2016**

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen zum o.g. Bebauungsplanentwurf:

1. den Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB,
2. die Vorlage in Planstufe I,
3. die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Aushangverfahren.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 19.01.2015.

- Punkt 54**
- FNP-Änderung Nr. 43 (Beschluss) und Bebauungsplan "E 69" (Satzungsbeschluss)**  
**a) Änderung Nr. 43 des Flächennutzungsplanes der Stadt Mainz im Bereich des Bebauungsplanes "Wohnen auf dem alten Druckereigelände (E 69)"**  
**hier:**    - **Beschluss der FNP-Änderung gemäß § 1 Abs. 3 BauGB i. V. m. § 32 GemO**  
              - **Vorlage der zusammenfassenden Erklärung gemäß § 6 Abs. 5 BauGB**  
**b) Bebauungsplanentwurf "Wohnen auf dem alten Druckereigelände (E 69)"**  
**hier:**    - **Behandlung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**  
              - **Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB**  
              - **Vorlage der zusammenfassenden Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB**  
**Vorlage: 2131/2015**

Der Stadtrat beschließt einstimmig

- zu a) - die Flächennutzungsplanänderung Nr. 43 mit Begründung gemäß § 1 Abs. 3 BauGB i. V. m. § 32 GemO,  
      - die zusammenfassende Erklärung gemäß § 6 Abs. 5 BauGB.
- zu b) - die Zurückweisung bzw. Aufnahme der Stellungnahmen aus der erneuten, eingeschränkten Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB,  
      - unter Abwägung der privaten und öffentlichen Belange und in Kenntnis des städtebaulichen Vertrages den oben angegebenen Bebauungsplanentwurf gemäß § 10 BauGB als Satzung mit Begründung sowie den Erlass gestalterischer Vorschriften gemäß § 88 LBauO i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB,  
      - die zusammenfassende Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 19.01.2016.



**Punkt 55**            **Bauleitplanverfahren "B 166" (Aufstellungsbeschluss  
Bebauungsplanentwurf "Wohnquartier Albert-Stoher-Straße (B 166);  
hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB  
Vorlage: 2130/2015**

Nach Aufruf dieses Tagesordnungspunktes weist Frau Siebner darauf hin, dass der Ortsbeirat Mainz-Bretzenheim sich nicht in der Lage gefühlt habe, zu dieser Vorlage eine Entscheidung zu treffen. Es seien nicht ausreichende Aussagen zur Nachverdichtung, Höhe des zu erwartenden Verkehrsaufkommens, insbesondere da sich gegenüber eine KiTa befinde, getroffen worden. Auch andere Themen wie Lärmschutzproblematik, Ausgleichsflächenproblematik sowie Anwendbarkeit des § 13a BauGB seien nicht ausreichend beleuchtet worden.

Seitens der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass alle genannten Themen Gegenstände des weiteren Verfahrens seien und dann noch ausführlich diskutiert werden könnten.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Ratsmitglieder Xander Dorn, Dr. Eckhardt, Dr. Moseler und Siebner.

Der Stadtrat beschließt sodann mit Mehrheit (drei Gegenstimmen) zu dem o.g. Bauleitplanentwurf den Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 19.01.2016.

**Punkt 56**            **Straßenbenennung in Mainz-Hechtsheim;  
hier: Bebauungsplan "Frankenhöhe" VEP He 122  
Vorlage: 2119/2015**

Der Stadtrat beschließt mit Mehrheit (drei Gegenstimmen, eine Enthaltung), der Straße auf dem ehemaligen Bolzplatz in Mainz-Hechtsheim zwischen den Straßen „An den Frankengräbern“ und „Rieslingstraße“ den Namen „Fastradaweg“ zu geben.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.12.2015.

## B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

### Punkt 57            Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien

#### Punkt 57.1        Gremienbesetzungen Vorlage: 0001/2016

Herr Oberbürgermeister Ebling teilt mit, dass bei der laufenden Nr. 8 Stadtratsmitglied Ilona Schäfer als Nachfolgerin von Herrn Freundlieb, nicht von Herrn Sünderhauf, berufen werden soll.

Der Stadtrat wählt bzw. bestätigt einstimmig incl. vorstehender mündlicher Ergänzung die nachfolgenden Personen in den entsprechenden Ausschüssen und sonstigen Gremien:

#### 1. AG Kindertagesbetreuung des JHA

(10 25 07 / 33-21)

Auf Vorschlag des Caritasverbandes wird als Stellvertreter von Frau Thum-Gerth

**Viktor Piel**

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE. wird als Nachfolgerin von Herrn Freundlieb

**StRM Ilona Schäfer**

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion wird als Nachfolgerin von Frau Sarfert

**StRM Dr. Barbara Both**

in das o. g. Gremium gewählt.

#### 2. Schulträgerausschuss

(10 25 07 / 85)

Auf Vorschlag der Verwaltung wird als Mitglied der Elternschaft der Realschulen Plus

**Erika Müller**

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der Verwaltung wird als Stellvertretung der Elternschaft der BBS

**Elmar Rudkowski**

in das o. g. Gremium gewählt.

### **3. Ausschuss für Grün, Umwelt und Energie**

(10 25 07 / 85)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als Stellvertretung

**Alexander Puderbach**

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE. wird als Nachfolger  
von Frau Schwarzrock

**StRM Xander Dorn**

in das o. g. Gremium gewählt.

### **4. Klimaschutzbeirat**

(10 25 07 / 154)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als Stellvertretung

**Alexander Puderbach**

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird  
als weitere Stellvertretung

**Hans-Helmut Ludewig**

in das o. g. Gremium gewählt.

### **5. Bau- und Sanierungsausschuss**

(10 25 07 / 85)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird als Nachfolgerin  
von Herrn Schykowski

**Antje Kuessner**

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der Mainzer Bürgerfraktion wird als weiterer Stellvertreter

**Stephan Stritter**

in das o. g. Gremium gewählt.

## 6. Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

(10 25 07 / 27)

Auf Vorschlag der Mainzer Bürgerfraktion werden als Mitglied und Stellvertretung

**StRM Heinz-Werner Stumpf** (Mitglied)

**StRM Prof. Jürgen von Stuhr** (Stellvertretung)

in das o. g. Gremium gewählt.

## 7. Kulturausschuss

(10 25 07 / 42)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion Freie Wähler-Gemeinschaft werden als Nachfolger von StRM Mehler

**Justin Müller** und

als zusätzlicher Stellvertreter

**StRM Kurt Mehler**

in das o. g. Gremium gewählt.

## 8. Jugendhilfeausschuss

(10 25 07 / 33-0)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE. wird als Nachfolgerin von Herrn Sünderhauf

**StRM Ilona Schäfer**

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion wird als Nachfolgerin von Frau Sarfert

**StRM Dr. Barbara Both**

in das o. g. Gremium gewählt.

## 9. Haupt- und Personalausschuss

(10 25 07 / 30)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE. werden als Nachfolgerin von StRM Proske

**StRM Waltraud Hingst** und

als zusätzlicher Stellvertreter

**StRM Jasper Proske**

in das o. g. Gremium gewählt.

#### **10. Werkausschuss KDZ**

(10 25 07 / 30)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE. wird als Nachfolger von StRM Jahn

**Stephan Forth**

in das o. g. Gremium gewählt.

#### **11. Zweckverband Layenhof**

(10 25 07 / 170)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE. wird als Nachfolgerin von Herrn Kleebach

**StRM Ilona Schäfer**

in das o. g. Gremium gewählt.

#### **12. Zweckverband Lennebergwald**

(10 25 07 / 123)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE. wird als Nachfolger von Herrn Hartung

**StRM Xander Dorn**

in das o. g. Gremium gewählt.

#### **13. Psychiatriebeirat**

(10 25 07 / 153)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE. wird

**StRM Ilona Schäfer**

in das o. g. Gremium gewählt.

#### **14. Zweckverband RNN**

(10 25 07 / 157)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE. wird als Nachfolger von Herrn Kleebach

**Tupac Orellana**

in das o. g. Gremium gewählt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 03.02.2016.  
Das Stimmrecht des Vorsitzenden ruhte gem. § 36 Abs. 3 GemO.

**Punkt 57.2**      **Besetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten etc.**  
**Vorlage: 0101/2016**

Der Stadtrat wählt/entsendet/benennt einstimmig die Mitglieder und Stellvertretungen entsprechend der Verwaltungsvorlage vom 26.01.2016, die Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist.

**Punkt 57.3**      **Besetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten etc.**  
**Vorlage: 0221/2016**

Der Stadtrat wählt/entsendet/benennt einstimmig die Mitglieder und Stellvertretungen entsprechend der Verwaltungsvorlage vom 27.01.2016, die Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist.

**Ende der Sitzung: 18:25 Uhr**

gez. Michael Ebling  
Vorsitz

gez. Detlef Blessing  
Schriftführung